

Rede zum Landesstraßenbedarfsplan - Flächenverbrauch effektiv reduzieren
Der Abgeordneten Jennifer Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir eine kurze Vorbemerkung. Wir haben uns außerordentlich gefreut, dass auch die FDP-Fraktion die Dringlichkeit bestimmter Themen in Thüringen erkannt hat. Wenn sie dafür auch mehrere Monate gebraucht hat - das drei Monate später als wir festgestellt und mit ihren Alternativanträgen dokumentiert hat. Das gilt sowohl für den Flächenverbrauch als auch dann für den Landesstraßenbedarfsplan. Ich möchte beginnen mit einem Zitat von Prof. Juckenack, in 2007 Umweltstaatssekretär, da waren wir leider noch nicht im Landtag. Er sprach zu einem Antrag der CDU-Fraktion zum Thema "Bodenschutz" und sagte: „Flächenwiedernutzung vor Flächenneunutzung - das ist die Losung, und zwar auch oder vielleicht gerade im Kontext mit einer demographischen Entwicklung.“ Er betonte auch, dass der Bodenspeicher gerade für die CO₂ -Speicherung sehr bedeutend ist, also eine hohe Bedeutung für den Klimaschutz hat. Ich glaube, dieser Aspekt kommt in den Diskussionen immer noch zu kurz.

Das Thema betrifft mindestens drei Ressorts, insofern wäre es vielleicht sinnvoll, wenn sich mehrere Minister an der Debatte beteiligen und vor allem zuhören würden. Es sind sich alle einig, dass der Flächenverbrauch ein großes Problem ist. Auch im Koalitionsvertrag ist das Vorhaben dokumentiert, dass hier etwas getan werden soll. Es gibt das 30-Hektar-Ziel des Rats für Nachhaltige Entwicklung. Das hieße, in zehn Jahren, 2020, dürfte in Thüringen noch ein Hektar pro Tag verbraucht werden. Wenn wir uns die Zahlen heute anschauen, dann ist die Realität eine ganz andere: Wir waren 2004 bei dem geforderten einen Hektar und 2009 bei 2,7 Hektar. Der Trend geht also genau in die andere Richtung. Damit ist es auch wenig tröstlich, wenn gesagt wird, dass Wanderwege und Erholungsflächen auch zur Siedlungs- und Verkehrsfläche dazugerechnet werden. Sie werden sicher zustimmen, dass es ein Unterschied in der ökologischen Wertigkeit in der Fläche gibt, ob es sich um eine Streuobstwiese handelt oder um einen Wanderweg. Wenn man das ganze Papier, was zu diesem Thema beschrieben ist, nebeneinander legen würde, würde man sich wahrscheinlich dem Flächenverbrauch der ganzen Bundesrepublik annähern - was die Größe betrifft. Damit möchte ich sagen, es ist sehr viel geredet worden zu diesem Thema, aber es ist zu wenig passiert. Die Forderung, dass es verbindliche Maßnahmen und auch klare Zielsetzungen geben muss, ist sehr eindeutig geäußert worden im Symposium des Nachhaltigkeitsbeirats. Dem sollten wir folgen und es auch tun. Die Initiative "GENIAL zentral" ist sicherlich ein erster Schritt, aber eben nur ein kleiner Schritt. Ich wünsche mir, dass wir diesen Antrag im

Ausschuss für Bau, Landesentwicklung und Verkehr und im Umweltausschuss diskutieren, federführend sollte im Hinblick auf das Landesentwicklungsprogramm der Bauausschuss sein. Ich nenne jetzt noch ein paar Maßnahmen, die zeigen, dass es viele Möglichkeiten gibt, den Flächenverbrauch einzudämmen.

Ich möchte ein paar Punkte nennen, die man in den Ausschüssen auch diskutieren sollte, möchte diese aber nur anreißen: Das können sein: Flächenpools, mit denen man Grundstücke bündelt, sie revitalisiert und wieder verkauft. Mit den Erlösen könnte man Altlastensanierung betreiben. Wir müssen über handelbare Ausweisungsrechte, über eine Neuerschließungsabgabe und auch über eine Reform der Gewerbesteuer sprechen. Wie ist es denn jetzt? Jetzt konkurrieren die Kommunen um die Ausweisung von Gewerbeflächen aus Angst, weniger Gewerbesteuer einzunehmen. Wenn man diese zentral vergeben würde, hätte man dieses Problem nicht. Das Saarland ist 2006 vorangegangen mit einem recht fortschrittlichen Landesentwicklungsplan - damals CDU regiert - und hat die Wohnsiedlungstätigkeit in den Kommunen festgelegt mit einer Obergrenze in Abhängigkeit von der Einwohnerzahl. Das ist doch ein Instrument, was uns in Thüringen zupasskommen müsste aufgrund des demographischen Wandels. Vielen Dank.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir haben eben schon gehört, dass beim Flächennutzungsplan auch die Frage, welches Straßennetz wir haben, eine große Rolle spielt. Damit will ich sagen, wir brauchen einen integrativen Ansatz. Landesstraßenbedarfsplan und Flächennutzung haben direkt etwas miteinander zu tun. Bei beiden spielen auch - das ist bisher noch nicht erwähnt worden - Fragen des Biotopverbundes eine große Rolle.

Frau Walsmann hat bei der Haushaltsberatung gesagt, wir haben eine Infrastruktur geschaffen, die genügt. Im Landesentwicklungsbericht 2009 steht: „Thüringen verfügt heute über ein ausreichend dichtes Straßennetz.“ Das widerspricht dann dem, was gerade in diesem Land passiert. Ich denke da an die Rhöntrasse, ich denke da auch an die B 90. Auch eine Kette von Ortsumfahrungen ist am Ende eine neue Trasse.

Selbst konservative Prognosen gehen davon aus, dass bis 2025 das PKW-Aufkommen abnimmt bzw., gleich bleibt. Es gibt nur für Region Erfurt - Weimar eine Zunahme, was wieder dafür spricht, dass wir die Mitte –Deutschland - Verbindung endlich auf die Reihe kriegen. Deswegen stellt sich für uns die ganz akute Frage, wie passt diese Prognose mit den aktuellen Infrastrukturplanungen zusammen? Es sind ja jetzt schon drei Monate vergangen, seitdem wir diesen Antrag zum ersten Mal eingereicht haben. In dieser Zeit gab es mehrere Anfragen auch von der Fraktion der FDP zu dem Thema. Wir hatten gestern im

Ausschuss dazu die Beratungen und die Landesregierung hat ausführlich dargelegt, was sie alles tun muss, um so einen Landesstraßenbedarfsplan vorzulegen - an Prognosen, an verschiedenen Arbeitspaketen, die Zusammenarbeit mit der FH Erfurt usw., - insgesamt vier Jahre. Das ist für uns doch überraschend. Ich habe langsam den Eindruck, es gibt vielleicht ein Think Tank, indem sich dann einige Mitarbeiter im Ministerium zurückziehen, um dann Verkehrsweisen herauszubilden, die so lange brauchen, um einen Landesstraßenbedarfsplan vorzulegen, wenn zu gleicher Zeit sehr, sehr viele Straßenmaßnahmen angesetzt werden. Das ist ein Widerspruch, den konnte mir bis heute niemand auflösen. Vielleicht kommen wir im Rahmen der Diskussion zu einer Erklärung.

Wir möchten mehrere Punkte zu Bedenken geben, die Planungen, die zurzeit laufen, auch die Baumaßnahmen zumindest infrage stellen. Es ist Ihnen vielleicht bekannt, dass es inzwischen viele Studien gibt, die widerlegen, dass bei dem Straßennetz, was wir heute haben, neue Straßen noch zur Wirtschaftsentwicklung führen. Das ist Punkt 1.

Der zweite Webfehler aus unserer Sicht sind einmal die Prognosen; die Prognosen gehen alle von einem Ölpreis von 60 Dollar pro Barrel aus, Selbst die DENA sagt aber für 2030 120 Dollar voraus. Die Prognosen berücksichtigen auch nicht, dass es mehr Leute wieder in die Städte zieht und auch zum ersten Mal weniger Menschen gibt die selber einen Führerschein machen, weil sie gern auf das Auto verzichten wollen. Der Bundesverkehrswegeplan ist ein großes Problem. Die letzte Überprüfung hat keine Prioritäten festgestellt.

Es ist kein einziges Vorhaben rausgefliegen im Gegensatz zu den Schienenvorhaben. Wenn ein Vorhaben im Bundesverkehrswegeplan steht, dann hat es quasi Gesetzescharakter. Ich war überrascht, als ich das wortwörtlich so lesen musste zum Raumordnungsverfahren "Rhöntrasse". Die Rhöntrasse ist im Bundesverkehrswegeplan, damit hat sie Gesetzescharakter und ist unangreifbar für jegliche Überprüfungen. Auch die Tatsache, dass es keine Evaluation gibt von Ortsumfahrungen, aus denen wir vielleicht Lehren ziehen können, welche brauchen wir wirklich noch und welche sind im Nachhinein nicht sinnvoll gewesen, gibt es nicht und auch keine Zusammenschau mit dem öffentlichen Verkehr.

Vor diesem Hintergrund muss die Landesregierung ihrer Verantwortung gerecht werden, diese veränderten Rahmenbedingungen mit einfließen zu lassen in das, was sie im Bereich Infrastruktur plant. Wir wollen den Haushalt konsolidieren. Macht es nicht Sinn, zumindest Alternativszenarien zu haben, sollte die DENA-Prognose eintreten und wir im Jahr 2030 bei 130 Dollar pro Barrel landen? Dann haben wir womöglich eine Infrastruktur geschaffen, die nicht mehr genutzt wird, weil es einfach zu teuer geworden ist. Was ist, wenn wir zehn Jahre lang einen harten Winter haben, so wie letztes Jahr? Wollen wir nicht dann auch noch in der Lage sein, das Straßennetz zu erhalten, was wir jetzt haben und dass die Kommunen und das Land dieses bezahlen können? Wenn Sie wirklich finanzielle Spielräume bewahren

wollen für die nächste Generation, dann müssen Sie anfangen, diese Planungen anders zu gestalten. Sie müssen realistisch werden, realistische Prognosen einfließen lassen. Dann haben Sie uns auch auf Ihrer Seite, denn wir wollen diesen finanziellen Spielraum haben für die nächsten Generationen. Vielen Dank.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Frau Tasch, auch wenn Sie das versuchen, so darzustellen, wir haben nicht überall Dissens, Sie sind weitgehend auf die Schäden eingegangen, die wir auf den Straßen haben. Auch wir von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass wir diese Schäden beheben können, dafür brauchen wir aber auch eine dauerhafte Finanzierung im Haushalt.

Sie haben mir vorgeworfen, ich hätte noch nie Planung gemacht. Das muss ich auch nicht, das ist nicht unsere Aufgabe als Oppositionsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sondern wir verlangen nur, dass die Landesregierung plausibel macht, was sie in diesem Bereich plant und dass die Prognosen, auf der diese Planungen beruhen - ich habe gerade dargestellt, dass man diese durchaus kritisch hinterfragen kann – dass sie diese Prognosen neu bewerten - nicht mehr und nicht weniger.

Zu den Ortsumfahrungen, Frau Tasch: Das Bundesverkehrsministerium selber hat die Ortsumfahrungen aus dem Bundesverkehrswegeplan analysiert. Das Ergebnis ist, dass die Hälfte davon - 50 Prozent - keine bis geringe Bedeutung hat.

Dazu kann ich Ihnen mehrere Studien nennen, unter anderem auch vom BUND, die versucht haben, zu evaluieren. Dabei kommt heraus, dass in 50 Prozent der Fälle, wenn Ortsumfahrungen gebaut werden, wir nachher mehr Unfälle haben und auch mehr Verlärmung. Das heißt noch nicht, dass die Ortsumfahrungen, die Sie erwähnt haben, sinnlos sind. Im Gegenteil, wahrscheinlich sind das welche, die benötigt werden, aber - und so viel verstehe ich von Planung, Frau Tasch - zu einer Planung und Ausführung gehört am Ende auch die Evaluation. Wo ist die? Wo wird in Thüringen evaluiert, ob sich Ortsumfahrungen tatsächlich gelohnt haben oder ob einige tatsächlich das Gegenteil bewirkt haben? Eine seriöse Planung braucht eben auch die Evaluation.

Ich bin auch überrascht über Ihre These, Behauptung, dass man der Abwanderung mit mehr Straßen entgegenwirken kann, wenn ich Sie da richtig verstanden habe. Ich glaube, Frau Tasch, über diese Stufe sind wir hinaus bei dem Straßennetz, das wir haben. Wir haben andere Konzepte und ich glaube, auch bessere für den ländlichen Raum.

Wenn man Leute behalten will und der Abwanderung entgegenwirken will, dann brauchen wir dauerhafte Arbeitsplätze und das erreicht man zum Beispiel, indem man in erneuerbare Energiestandorte investiert und nicht indem man noch mehr Straßen baut. Straßenbau hat

natürlich kurzfristige Effekte, aber keine dauerhaften Arbeitsplätze, das sollte bei Ihnen inzwischen auch angekommen sein. Ich bin ja schon froh, dass wir im Parlament endlich darüber reden. Das Sie von sich aus jetzt sagen, wir müssen die Bürger beteiligen, finde ich ganz toll. Ich nehme Sie da beim Wort, ich habe verstanden, die Landesregierung wird den Landesstraßenbedarfsplan in ein Bürgerbeteiligungsverfahren führen. Ich freue mich darauf. An dieser Stelle haben Sie uns an Ihrer Seite.

Dass Sie so lange darauf rumreiten, dass wir das mit dem Vierteljahr unterschätzt haben, dass es länger dauert - geschenkt; da können Sie Recht haben, wir haben ja auch die drei Monate genutzt, um uns reichlich zu informieren, was alles dazugehört, wenn man die Infrastrukturen in einem Bundesland plant und umsetzt.

Wenn Sie das Datum oben missachten, dann könnte man den Antrag so interpretieren: es geht um Ende dieses Jahres, aber das sind alles Scheindiskussionen. Die Landesregierung muss es uns plausibel machen. Wir sind diejenigen, die am Ende den Haushalt zu verantworten haben. Sie können uns Teilpakete vorlegen, Sie können uns informieren, da sind wir offen, aber wir möchten entsprechend beteiligt werden und möchten die Planungen plausibel erklärt bekommen. Vielen Dank.